

THEMA IM LANDTAG

»Mut- und ideenlos« – Haushaltsklausur der Landesregierung: Keine Priorität für Bildung

Die Haushaltsklausur des Landeskabinetts am 17. und 18. Juli in Wennigsen in Hannover hat gezeigt: Die Landesregierung agiert mut- und ideenlos. »Schon nach dreieinhalb Jahren Regierungszeit ist CDU und FDP in Niedersachsen die Luft ausgegangen«, sagte Wolfgang Jüttner, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

»Die Landesregierung hat die große Chance vertan, ein klares Signal für Bildung zu geben. Die Botschaft aus Wennigsen hätte lauten müssen: „Wir investieren in die Zukunft!“. Statt dessen gibt es nur ein laues „weiter so!“.

»Unsere Forderung ist klar: Wir wollen die Kindergartengebühren schrittweise abschaffen und haben auch ein Finanzierungskonzept vorgelegt«, so Jüttner. »Die Landesregierung aber hat es bis heute nicht geschafft, auch nur den Ansatz eines Konzeptes zur Stärkung der frühkindlichen Bildung zu erarbeiten. Dass Herr Busemann und Frau Ross-Luttmann erst jetzt anfangen darüber nachzudenken, was man für die unter dreijährigen Kinder tun kann, ist ein Hohn.« Die SPD hatte

im Juni diesen Jahres einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Gebühren für zunächst ein Kindergartenjahr in den Landtag eingebracht. Die Mehrkosten von rund 37,5 Millionen Euro für das Jahr 2007 soll das Land nach dem Willen der Sozialdemokraten aus den Mehreinnahmen nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer bestreiten.

Offensichtlich habe der Landesregierung der Mut gefehlt, klare Schwerpunkte zu setzen.

»Das Kernproblem ist: Ministerpräsident Wulff hat keine Vorstellung davon, wie er die Zukunft Niedersachsens gestalten will«, so Jüttner. »Er kann sich noch nicht einmal mit seinem Stellvertreter Wirtschaftsminister Hirche über den großspu-

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner

es ist schon bemerkenswert: Alle Experten sind sich seit Jahren darüber einig, dass Deutschland nur dann aus dem PISA-Tal kommen kann, wenn die frühkindliche Bildung massiv gestärkt wird. Die SPD in Niedersachsen hat dafür mit ihrem Konzept »Zukunft der Bildung« klare Perspektiven aufgezeigt – und die auch noch mit seriösen Finanzierungsvorschlägen unterfüttert.

Nur Christian Wulff und seine Landesregierung haben offenbar keinen Plan: Bei der Haushaltsklausur beschlossen Wulff & Co., dass es zwar ein paar Millönchen mehr für Kinderbetreuung geben soll. Aber wer auch nur den Hauch eines bildungspolitischen Konzepts erwartet hatte, wurde bitter enttäuscht.

Das ist kein Zufall: CDU und FDP agieren in Niedersachsen mut- und ideenlos. Das ist schlecht für das Land. Aber es bietet für die SPD die große Chance, den Menschen in den kommenden Monaten zu erklären, dass wir es besser können: Mit klaren Konzepten für die Zukunft der Menschen in Niedersachsen.

Euer *Wolfgang Jüttner*



Ein wirklich gelungener Abend im sommerlichen Hannover. Bei dem diesjährigen Sommerfest der SPD-Fraktion im Künstlerhaus in Hannover wurde bei angenehmer musikalischer Untermalung nicht nur über Politik geredet.

rig angekündigten Innovationsfonds einigen. Das ist ein Armutszeugnis – auch für die Führungsstärke des Ministerpräsidenten.« Über die Einrichtung des in den Wahlprogrammen von CDU und FDP versprochenen und im Koalitionsvertrag angekündigten »Innovationsfonds« konnte sich das Kabinett bei seiner Klausur nicht einigen.

»Weder bei den Hochschulen noch bei den Investitionen werden Akzente gesetzt. Die Kürzungen bei den Kommunen erreichen im nächsten Jahr trotz Steuermehreinnahmen mit 165 Millionen Euro ein neues Rekordhoch. Auch der Haushalt 2007 wird keine Impulse für die niedersächsische Wirtschaft geben«, so der Vorsitzende der SPD-Fraktion.

Jüttner begrüßte, dass die Landesregierung die Förderung der »Mehrgenerationenhäuser« aus Landesmitteln einstellen und sie über ein Bundesprogramm finanzieren will. »Ich wundere mich nur, dass CDU und FDP einen Antrag von uns, in dem wir genau das gefordert haben, noch im Mai abgelehnt haben«, so der SPD-Politiker.

Der Busemann-Bluff Schulgesetz bringt nicht mehr Freiheiten

Am Ende stimmte die SPD als einzige Fraktion gegen die Änderung des Schulgesetzes: Auch die Grünen waren der Argumentation von Kultusminister Busemann auf dem Leim gegangen. »CDU und FDP haben sich in den entscheidenden Fragen nicht bewegt«, begründete die schulpolitische Sprecherin der SPD Ingrid Eckel die Haltung ihrer Fraktion. »Und die Art und Weise, wie das Gesetz durch den Landtag gepeitscht werden soll, ist schlach inkzeptabel.«

»Das Projekt »Eigenverantwortliche Schulen« ist mit Herrn Busemann zu einer Moppelkung geworden«, sagte Eckel. »Die Schulen bekommen nicht die pädagogischen Freiheiten, die sie brauchen. Wir wollten den Schulen mit unserem Gesetzentwurf einen Rechtsanspruch auf pädagogische Freiheit einräumen. Herr Busemann aber verhält sich wie ein absolutistischer Fürst: Freiheit für die Schulen ist in Zukunft die Freiheit, die er ihnen huldvoll gewährt.«

Ingrid Eckel zitierte den Kern des Gesetzentwurfes, wie ihn CDU, FDP und Grüne im Juli im Landtag beschlossen haben: »Der Schulvorstand entscheidet über (...) die Inanspruchnahme der den Schulen im Hinblick auf ihre Eigenverantwortlichkeit von der obersten Schulbehörde eingeräumten Entscheidungsspielräume.«

Hinzu kommt: Im Vorfeld der Landtagsentscheidung habe es fraktionsübergreifende Annäherungen bei der Frage der internen Schulorganisation gegeben, so Eckel. »Wir tragen einige Punkte durchaus mit. Aber wenn ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben so überstürzt beraten wird wie das bei dem Schulgesetz der Fall war, können wir dafür nicht die Verantwortung übernehmen.« In wichtigen Punkten seien Formulierungen beschlossen worden, die der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst nicht habe prüfen können. »Bei diesem Verfahren sind juristische Pannen geradezu vorprogrammiert. Wir können von den Lehrerinnen und Lehrern nicht die verantwortungsvolle Umsetzung eines Gesetzes verlangen, das wir Abgeordneten nicht seriös beraten haben.«

Die SPD hat mehrfach angeregt, die Beratungen in einer Sondersitzung des Kultusausschusses fortzusetzen. Das hätte die Verabschiedung des Gesetzes im Juli nicht

gefährdet. (Zu weiterführenden Informationen zu diesem Thema siehe *Gastkommentar »Hintergründe zur Novellierung des Schulgesetzes« auf Seite 9.«*)

Zum Ferienbeginn Zeugnisse auch für Landesregierung

Ab dem neuen Schuljahr soll die Lernentwicklung aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen systematisch dokumentiert werden. Am Tag des Ferienbeginns nimmt die SPD-Fraktion dies zum Anlass einer pädagogischen Bestandsaufnahme für Christian Wulff und seine Klassenkameraden.

Christian Wulff

Christians schulische Leistungen haben in jüngster Zeit erheblich nachgelassen. Offensichtlich leidet er sehr darunter, auf dem Schulhof nicht mehr mit den »Großen« aus Berlin spielen zu dürfen. Häufig schmollt er deshalb und versucht die älteren Schüler durch hässliche Bemerkungen zu ärgern. In seiner eigenen Klasse beteiligt sich Christian nur selten am Unterricht, dafür treibt er sich gerne auf Partys herum. Christian muss sich wieder mehr auf die Schule konzentrieren.

Walter Hirche

Walter hat es in seiner Klasse nicht leicht, weil er nach mehrmaligem Sitzenbleiben viel älter ist als alle anderen. Seine Mitschüler tanzen ihm oft auf der Nase herum. Walter tut so als merke er das nicht. Im Unterricht ist er lustlos, öfter abgelenkt und beteiligt sich nur selten. Insgeheim freut er sich darauf, die Schule vorzeitig verlassen zu dürfen.

Bernd Busemann

Bernd redet zu viel und reagiert sehr ungehalten, wenn man ihn auf das eigentliche Thema anspricht. Bernd vergisst häufig, seine Hausaufgaben zu machen. Wenn er dabei erwischt wird versucht er, durch nicht zur Sache gehörendes Gerede davon abzulenken.

Hartmut Möllring

Hartmut hat erhebliche Rechenschwächen. Die will er durch rüpelhaftes Verhalten überdecken. Weil er nur ganz wenige Freunde hat, versucht er sich gelegentlich auch als Illusionskünstler: Er versteckt Schulden und behauptet, sie seien damit weg. Dieses Zauberstück nimmt ihm aber niemand ab.

Fortsetzung Seite 3

Turbokapitalismus der Versicherungsgesellschaften vernichtet Arbeitsplätze

Die arbeitsplatzvernichtende Wirkung von Globalisierung und zunehmender Industrialisierung gepaart mit völlig überzogenen Renditeerwartungen hat nun auch die Versicherungswirtschaft erreicht.

So will allein die Allianz 5.000 Stellen im Versicherungsgeschäft streichen und das, obwohl der Konzern im vergangenen Jahr einen Gewinn von 4,40 Milliarden Euro erwirtschaftete. Der Standort Hannover wird mit einem Aderlass von voraussichtlich 278 Stellen betroffen sein. Da sich häufig mehrere Teilzeitbeschäftigte eine Stelle teilen, ist die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer noch weit höher.

Die so genannte »Allianz fürs Leben« ist eine unheilige Allianz mit den Gesetzen des Turbokapitalismus eingegangen und lässt jede soziale Verantwortung für dieses Land vermissen.« sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der Plenarsitzung des Landtags. Wenn der Marktführer Allianz den Kostendruck so verschärft, wird dies auch Auswirkungen auf andere große Assekuranzanen haben. Schon jetzt ist die Allianz ist kein Einzelfall.

Allein am Standort Niedersachsen/ Hannover sind 2 000 von rund 10 200 Arbeitsplätzen unmittelbar in Gefahr. Die Pläne der Allianz liegen bereits auf dem Tisch. Der Talanx-Konzern (früher hdi) wird nach der Gerling-Übernahme voraussichtlich am 18. Juli 2006 mit weiteren Arbeitsplatzstreichungen an die Öffentlichkeit gehen. Bei der Züricher drohen ebenfalls Streichungen. Bei der Victoria ist die Schließung des Standortes Hannover zum 1. Juli 2007 bereits besiegt. Mit dem Arbeitsplatzabbau gehen nicht nur dringend benötigte Ausbildungsplätze verloren, sondern auch weitere Arbeitsplätze im Bereich von Fort- und Weiterbildung, die sich rund um den Versicherungsstandort Hannover entwickelt haben.

»Wir erwarten, dass Sie in dieser Frage aktiv werden. Wir erwarten, dass Sie die Attraktivität des Versicherungsstandortes Niedersachsen stärken und an der Seite



**Günter Lenz,
wirtschaftspolitischer Sprecher**

der Betriebsräte gegen die tausendfache Vernichtung von Arbeitsplätzen kämpfen.« appellierte Günter Lenz an die Landesregierung.

Amigo-Affäre im Justizministerium

Bereits im Juni hatte die SPD danach gefragt, welche Absprachen es zwischen dem Staatssekretär im Justizministerium und einem Richter aus Sachsen-Anhalt über die Besetzung der Stelle des Präsidenten des Verwaltungsgerichts Hannover gegeben hat. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass auch die Frau dieses Bewerbers vom Justizministerium für eine hochrangige Position in der niedersächsischen Justiz favorisiert worden war.

»Es hat offensichtlich eine massive Einflussnahme aus dem Justizministerium für diese Frau gegeben. Dies steht in krassem Widerspruch zu der Aussage der Justizministerin, es gebe keine besonderen Kontakte zwischen dem Staatssekretär im Justizministerium und dem Richterehepaar aus Sachsen-Anhalt«, so die Rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Heike Bockmann. Ihr Fazit: »In dieser Angelegenheit ist das letzte Urteil noch nicht gesprochen – meine Vermutung, dass es sich um eine waschechte Amigo-Affäre handelt, konnte von der Landesregierung bislang nicht ausgeräumt werden«. Bockmann kündigte an, in dieser Angelegenheit Akteneinsicht zu beantragen. »Die Justizministerin hat sich in einige Widersprüche verstrickt, die dringend aufgeklärt werden müssen«, so Bockmann.

Fortsetzung: Zum Ferienbeginn Zeugnisse ...

Uwe Schünemann

Uwe steckt in einer tiefen Identitätskrise. Eigentlich wollte er auf dem Schulhof immer der Stärkste sein und deshalb von allen bewundert werden. Das hat aber nie so recht geklappt. Weil niemand mit ihm »Räuber und Gendarm« spielen will, hat er sich eine kleine Truppe von Hilfssheriffs geschaffen. Die müssen alles mitmachen, was er will.

Elisabeth Heister-Neumann

Elisabeth fällt im Unterricht nur selten positiv auf. Sie würde auch gerne mit den Größeren spielen, aber die lassen sie nicht. Elisabeth kleidet sich nicht immer so, wie es die Schulordnung vorsieht.

Lutz Stratmann

Lutz ist ein in seiner Klasse beliebter Schüler, der aber noch lernen muss, sich gegen andere durchzusetzen. So schafft er es bis heute nicht sich zu wehren, wenn Hartmut ihm sein Spielzeug weg nimmt. Eigentlich hat Lutz gar keine Lust auf die Schule.

Mechthild Ross-Luttmann

Mechthild ist neu in der Klasse und hat ihre Rolle noch nicht richtig gefunden. Mechthild wird von ihren Klassenkameraden nicht so recht ernst genommen, obwohl sie sich wirklich bemüht. Sie hat es aber auch besonders schwer, weil sie den Sitzplatz von Röschen übernommen hat, die früher viel kaputt gemacht hat.

Hans-Heinrich Ehlen

Hans-Heinrich ist ein gemütlicher Zeitgenosse, der sich am liebsten im Freien aufhält. Er ist bei seinen Freunden auf dem Land sehr beliebt. Mit denen spielt er gerne auf dem Bauernhof. Leider vergisst er dabei oft, auf sie aufzupassen. Denn eigentlich soll er darauf achten, dass seine Freunde nichts Falsches in die Futtertröge tun.

Hans-Heinrich Sander

Hans-Heinrich ist eigentlich sehr nett. Wenn der Unterricht im Schulgarten stattfindet, fällt er allerdings immer wieder unangenehm auf. Dann zertrampelt er nämlich die mühsam angelegten Biotope und sagt, man müsse Politik mit den Menschen machen.

Innenminister erlebt Fiasko mit Regierungserklärung zur Integration

Der Innenminister Schünemann ist kein Mann des großen Auftritts im Parlament. Bereits 2004 hatte Schünemann mit einer Regierungserklärung Schiffbruch erlitten, als er versuchte, die Einsparungen durch die Umstrukturierung der Landesverwaltung schön zu rechnen.

Auch mit der zweiten Regierungserklärung in seiner Amtszeit hat der amtierende Innenminister ein Fiasko erlebt: Nicht nur SPD und Grüne, sondern auch die mitregierende FDP haben sich vom bisherigen integrationsfeindlichen Kurs des Innenministers distanziert. Dazu SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner: »Schünemann als Integrationsminister ist wie ein Schneemann als Sommerminister – das passt nicht«. Entsprechend frostig war auch das Klima in der schwarz-gelben Regierungskoalition nach der Debatte.

In seiner Erwiderung auf Schünemanns ideenlose Regierungserklärung hatte Jüttner den Weg für eine bessere Integration gezeichnet: »Man kann nicht immer nur fordern, sondern muss auch fördern. Am Anfang steht ein Kurswechsel insbesondere in den Köpfen der Union. Wir müssen Zuwanderung endlich als Potenzial begreifen und dieses Potenzial entsprechend fördern. Insbesondere im Bildungsbereich bestehe dringender Verbesserungsbedarf. »Internationale Studien haben längst belegt, dass das deutsche Bildungssystem sozial Schwächeren und

Migranten doppelt benachteiligt. CDU und FDP schreiben diese Benachteiligung mit ihrer Bildungspolitik fort. Das ganzheitliche Bildungskonzept ist im Gegensatz dazu hervorragend geeignet, zu einer spürbaren Verbesserung der Bildungsqualität insgesamt und damit auch der Integrationsbedingungen beizutragen«.

»Integration fängt in den Köpfen an«, erklärte Jüttner. Ausgerechnet der mit einer Doppelstaatsangehörigkeit ausgestattete CDU-Fraktionsvorsitzende hatte in der Debatte die Notwendigkeit dafür gezeigt, dass Integration in den Köpfen anfangen muss. McAllister hatte sich darüber gefreut, dass im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft in und um die Public-Viewing-Arenas viele türkische Jugendliche mit Deutschland-Fahnen und -Bemalung gefeiert haben. »Ich habe mich auch gefreut«, sagte Jüttner, »aber anders als der CDU-Fraktionsvorsitzende gehe ich davon aus, dass es sich um deutsche Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund gehandelt hat. Wer Integrationsbereitschaft fordert, darf nicht im selben Atemzug derart ausgrenzende Reden halten«,



**Heiner Bartling,
innenpolitischer Sprecher**

sagte Jüttner. »Wir müssen endlich Menschen mit Migrationshintergrund ganz selbstverständlich als Deutsche akzeptieren. Solange hier kein Umdenken erfolgt, dürfen wir uns über Integrationsprobleme nicht wundern«.

(Siehe hierzu auch Rede von Wolfgang Jüttner zur »Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema ›Integration in Niedersachsen‹ (Drs. 15/3035) im Internet).

Schlichten statt richten

»Es ist mehr als fahrlässig, wie die Landesregierung das Thema gerichtsnaher Mediation verstolpert«, erklärte die stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Rechtspolitik der SPD-Landtagsfraktion Susanne Grote.

Mit der gerichtsnahen Mediation hatte der damalige SPD-Justizminister Christian Pfeiffer einen Wandel in der bundesdeutschen Streitkultur in die Wege geleitet. »Die gerichtsnahen Mediation befördert eine Streitbeilegung in gegenseitigem Einvernehmen. Ein gerichtsnahes Mediationsverfahren kann mit wenig finanziellen Mitteln innerhalb kurzer Zeit eine konstruktive, individuelle, zukunftsorientierte, kooperative und tragfähige Streitlösung bringen. Anders als im herkömmlichen streitigen Gerichtsverfahren können die tiefer liegenden Ursachen, die sich häufig hinter dem konkreten Streit verbergen, einbezogen werden«, erläuterte Susanne Grote.

Mit der gerichtsnahen Mediation hat die SPD in Niedersachsen ein Erfolgsprojekt

auf den Weg gebracht, dass bundesweit für Aufsehen gesorgt hat und sogar außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Nachahmung findet.

In Bayern, Berlin, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt sind infolge der niedersächsischen Projekterfahrungen eigene Mediationsprojekte begonnen worden.

»Hier in Niedersachsen wird das Thema jedoch von der CDU-Justizministerin bedauerlicherweise seit dem Regierungswechsel sehr stiefmütterlich behandelt«, erklärte Grote. »Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, endlich ein Konzept zur landesweiten Einführung der gerichtsnahen Mediation zu erarbeiten«.



Susanne Grote, MdL

Heiner Bartling und Klaus-Peter Bachmann SPD-Fachtagung Katastrophenschutz in Wolfenbüttel

Über 100 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Feuerwehr, Hilfsdienste, Technisches Hilfswerk und Notfallmedizin hatten am 29. Juni 2006 auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion den Weg nach Wolfenbüttel gefunden, um an einer Fachtagung über die »Herausforderungen und Perspektiven des Katastrophenschutzes in Niedersachsen« teilzunehmen.

Das Podium der Tagung war mit dem Präsidenten des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Christoph Unger, dem Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen Hans Graulich, dem THW-Landesbeauftragten Niedersachsen/Bremen Ralph Dunger und dem ASB-Katastrophenschutzbeauftragten Harald Kreft hochkarätig besetzt.



»Niedersachsen braucht ein langfristig tragfähiges Konzept für den Katastrophenschutz. Doch anstatt den vielen tausend Ehrenamtlichen Perspektiven für die Zukunft ihrer Arbeit zu geben, wirft Innenminister Schünemann immer neue Fragen auf«, erläuterte einleitend der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Heiner Bartling. »Ob bei Digitalfunk, Leitstellen oder Rettungsdienstgesetz – überall macht Herr Schünemann neue Baustellen auf. Viele der Schünemannschen Initiativen sind aus Sicht der Katastrophenschützer problematisch. Viele Ehrenamtliche fühlen sich von der Politik nicht mehr ernst genommen«, ergänzte der SPD-Experte für Katastrophenschutz Klaus-Peter Bachmann. »Gerade angesichts der aktuellen Überlegungen des Bundes benötigt Niedersachsen ein Konzept, um das Ehrenamt im Katastrophenschutz zu stärken«.



Von links nach rechts: SPD-Fraktionsvize Heiner Bartling, SPD-Katastrophenschutz-experte Klaus-Peter Bachmann, Hans Graulich (Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen), Ralph Dunger (THW-Landesbeauftragter Niedersachsen/Bremen), Christoph Unger (Präsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe), Harald Kreft (ASB-Katastrophenschutzbeauftragter) und Dörthe Wedige-Degenhard (MdL).

»Durch die ‚Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung‘ der Bundesregierung kommen zusätzliche Herausforderungen auf Niedersachsen zu«, so Bachmann. Obwohl nach dem Grundgesetz das Land die alleinige Zuständigkeit für den Katastrophenschutz hat, wird bislang ein Großteil der notwendigen Fahrzeuge vom Bund bezahlt. Berlin trägt bislang auch einen erheblichen Teil der Unterhalts- und Ausbildungskosten.

Die Große Koalition hat sich darauf verständigt, sich in Zukunft mehr auf die Kernaufgaben im Bereich des Zivilschutzes zu konzentrieren. »Die Landesregierung muss ein Konzept entwickeln, wie sie den derzeitigen Stand des Katastrophenschutzes aufrecht erhalten will. Ohne das ehrenamtliche Engagement zehntausender freiwilliger Helferinnen und Helfer wird das nicht zu machen sein«.

Niedersachsen Schlusslicht bei der Gleichstellung behinderter Menschen SPD-Fraktion drängt auf Kurswechsel in der Behindertenpolitik des Landes

Nachdem Mecklenburg-Vorpommern seit Juni ein eigenes Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat, ist Niedersachsen nun das einzige Bundesland ohne eigene Schutz- und Förderregelungen.

»Starrköpfig und dickfellig setzt die Landesregierung damit ihre gegen behinderte Menschen gerichtete Politik fort«, erklärte Uwe Schwarz, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag.

Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, nun endlich ihren wiederholten Ankündigungen für ein eigenes Behinderten-gleichstellungsgesetz Taten folgen zu lassen.

Schwarz: »Das, was bei anderen die jährlichen Neujahrsansprachen sind, sind bei dieser Landesregierung die seit Jahren immer wieder auftauchenden unverbindlichen, gleichen Zustandsbeschreibungen in Sachen Behindertengleichstellung. In Wahrheit gibt es bis heute nicht einmal einen zwischen den Ministerien abgestimmten Entwurf der Landesregierung.«

Dabei liegt schon seit Februar 2005 ein überzeugender Gesetzesvorschlag der SPD-Fraktion zur Beratung im zuständigen Sozialausschuss. Dieser Entwurf könn-

te Basis für eine fraktionsübergreifende Einigung sein.

Ziel des Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion ist es, das Prinzip der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu stärken. So sollen öffentliche Einrichtungen beispielsweise verpflichtet werden, neue Gebäude behindertengerecht zu planen. Die bisherigen Erfahrungen in den anderen Bundesländern sind durchweg positiv. Sie zeigen, dass Barrierefreiheit auch ohne exorbitante Kosten und ohne zusätzliche Bürokratie gewährleistet werden kann.

»Die Regierungskoalition verzögert die Beratung unseres Vorschages, weil sie selbst nichts zustande bringt und sie offensichtlich auch nicht Lobby für behinderte Menschen sein will.. Vermutlich will sie das Thema über das Ende der Wahlperiode schieben,« erklärte Schwarz weiter.

Schwarz: »Die Landesregierung wiederholt ihren Wortbruch gegenüber behinderten Menschen inzwischen jährlich. Sie ist auf dem besten Wege, ihren letzten sozialpolitischen Kredit zu verspielen. Als



**Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher**

Opposition könnte uns das freuen – für die Menschen mit Behinderungen ist es katastrophal.«

Auch in der Plenardebattie am 13. Juli 2006 waren CDU und FDP außerstande, einen konkreten Termin für einen eigenen Gesetzentwurf zu nennen.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Impressum

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopp-Platz 1; 30159 Hannover**

V.i.S.d.P.: Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion: Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz: Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Mieter und Städte nicht internationalen Kapitalanlagefonds ausliefern

SPD-Fraktion warnt vor »Real Estate Investment Trusts« (REITs) bei Wohnungsbeständen

Angesichts von Überlegungen der Großen Koalition in Deutschland so genannte Real Estate Investment Trusts (REITs) bei Wohnungsbeständen zuzulassen, warnt die SPD-Fraktion vor einem solchen Schritt, weil dies mit unübersehbaren Gefahren für Mieter, Wohnungswirtschaft und die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte verbunden wäre.

Anlässlich der Einbringung eines entsprechenden Entschließungsantrages in den Landtag wies Uwe Harden, städte- und wohnungsbaupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion darauf hin, dass Finanzinvestoren mit den REITs eine neue Möglichkeit witterten, um mittels dieser neuen profitablen Anlageformen eigene Spekulations- und Profitobjekte an die Börse zu bringen.

REITs sind börsennotierte Immobilienellschaften, die entweder selbst Grundstücke und Gebäude kaufen und bewirtschaften oder den Erwerb finanzieren. Im Unterschied zu klassischen Investmentfonds sind ihre Gewinne unter bestimmten Voraussetzungen steuerfrei. In Erwartung dieser neuen Anlageperspektive haben Investoren allein in den vergangenen Jahren in Deutschland rund 400.000 Wohnungen aus den Beständen von Unternehmen und öffentlicher Hand erworben.

Uwe Harden erinnerte daran, dass es nach Einführung der REITs in Frankreich zu Steuerausfällen von geschätzten 2 Milliarden Euro gekommen ist.

»Ein zweischneidiges Schwert sind REITs auch für die Stadtentwicklung, für Mieter und Wohnungswirtschaft. Denn kurzfristig mag die öffentliche Hand durch den Verkauf eigener Wohnungsbestände finanziell entlastet werden. Dies wird aber teuer erkauft mit dem Verlust von wohnungspolitischem Handlungsspielraum. Eine dauerhafte Quartierentwicklung in sozialen Brennpunkten ist mit Investoren, die ausschließlich kurzfristigen Renditeinteressen huldigen, kaum noch möglich,« so Harden weiter. Eine REITs-Einführung würde deshalb den heute schon problematischen Trend der sozialen Entmischung noch verstärken.

Harden: »Dies kann nicht im Sinne einer zukunftsorientierten Stadtentwicklungs-



Uwe Harden, städtebau- und wohnungsbaupolitischer Sprecher

und Wohnungsbaupolitik sein. Denn für die SPD ist Wohnen immer noch ein Grundrecht. Und ein würdiges Leben und soziale Teilhabe haben auch bezahl- und bewohnbare Wohnungen zur Voraussetzung.«

Musikland Niedersachsen – leere Worthülse des Ministerpräsidenten

Seit Beginn der Regierungsübernahme durch die CDU/FDP spielt die Musikförderung in Niedersachsen keine Rolle mehr. Das Musikland Niedersachsen ist leider nicht in aller Munde, es ist schon gar nicht ein Markenzeichen für Niedersachsen.

In der letzten Wahlperiode wurde leidenschaftlich im Landtag über die Höhe der Förderung von Musikschulen diskutiert, über zu erteilenden Musikunterricht in den Schulen debatiert und über eine bessere Musikförderung gestritten.

In der Einschätzung über die Bedeutung der musikalischen Bildung waren sich alle Fraktionen einig.

Christina Bührmann, kulturpolitische Sprecherin der SPD, verwies im Landtag beispielhaft auf die Projekte »Hauptsache Musik«, »Kontaktstellen Musik«, Bläserklassen und auf das Projekt »QSM – Qualitätssicherung an Musikschulen«.

Projekte, die vor dem Regierungswechsel ins Leben gerufen worden sind und von der jetzigen Landesregierung fortgesetzt werden.

Aber wo bleiben neue Impulse und die Ausgestaltung des Musiklandes Niedersachsens durch diese Regierung?

Diese Regierung hat bei der Musikförderung systematisch gekürzt. 2004 standen noch rd. 4,9 Millionen Euro zur Verfügung, im Jahre 2005 waren es nur noch rd. 3,8 Millionen Euro. Die 600.000 Euro Musikförderung durch den NDR werden kaum für innovative Projekte genutzt, wofür sie doch eigentlich gedacht waren, sondern dienen zum Stopfen der Haushaltlöcher, also linke Tasche, rechte Tasche.

Die Gründung der geplanten Rock- und Popakademie als Ausbildungs- und Produktionsstätte wäre sicher ein Kraftakt geworden, aber diese Rock- und Popaka-



Christina Bührmann, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

demie hätte auch neue Chancen für Niedersachsen eröffnet und wichtige Impulse

für die Musikwirtschaft, die Hochschulen und die nationale und internationale Musikszene in Niedersachsen gebracht. Minister Stratmann hat sich leider sehr schnell von dieser Idee verabschiedet und damit kulturelle und wirtschaftliche Chancen für Niedersachsen verschenkt.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode sollte mit der neuen Landesregierung alles besser, alles anders werden. Ministerpräsi-

dent Wulff erklärt seit 2003 vollmundig, nun würde es in Niedersachsen mit der Musikförderung richtig losgehen.

Nichts davon ist eingetreten. Das Musikland Niedersachsen ist eine leere Wortähnlichkeit des Ministerpräsidenten geblieben, es hat sich für die Musikförderung nichts verbessert. Schaut man ins Internet, dann kommt nichts. Die Landesregierung hat noch nicht einmal ein Internet-Portal für

das Musikland Niedersachsen eingerichtet.

Fakt ist, das Thema Musik liegt in Niedersachsen brach, es gibt keinen politischen Willen zur Umsetzung der Ankündigungen von Wulff. Minister Stratmann hat kein Ohr für Musikförderung und dem Ministerpräsidenten geht – wie in anderen Zusammenhängen auch – die Puste aus.

Wolfgang Jüttner zur Sommerreise durch das Land aufgebrochen

Der Startschuss für die diesjährige Reise des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner fiel mit dem Besuch im Industriepark Walsrode. Dort trafen Wolfgang Jüttner und Politiker der Region mit Unternehmens- und Betriebsratsvertretern von einigen der 23 im Industriepark ansässigen Unternehmen zusammen.

Mit 650 Millionen Euro Umsatz und 2600 Beschäftigten ist der Industriepark von herausragender Bedeutung für die Region. Größte Arbeitgeber sind die Wolff Cellulosics, ein Hersteller für Nitrozellulose und WIPAK, ein folienproduzierendes Unternehmen.

Auch Dow Chemicals in Stade stattete Jüttner einen Besuch ab. Hauptgesprächsthemen waren ein Kraftwerkneubau und der Ausbau des Seehafens Bütfleth.

Weiter ging es nach Loxstedt bei Bremerhaven, wo ein noch von der ehemaligen SPD-Regierung in Gang gebrachtes neues Industriegebiet besichtigt werden konnte. Das Thema einer Abendveranstaltung war dann jedoch, schon im Hinblick auf die Kommunalwahl, die frühkindliche Bildung.



Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Dieter Möhrmann (links) und Wolfgang Jüttner während des Besuches im Industriepark Walsrode



Schon am nächsten Morgen stand mit einem Besuch bei der Firma Butting (Knesebeck), einem Spezialisten für innovativen Bau von Edelstahlrohren, der nächste Termin auf den Programm. Die Firma ist ein weiterer Beweis für die Konkurrenzfähigkeit niedersächsischer Unternehmen auf dem hart umkämpften Weltmarkt.

Die Reise wird noch mehr als 2 Wochen dauern und es stehen noch viele interessante Punkte auf dem Programm.

Der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Schneck (links) und Wolfgang Jüttner im Gespräch mit Vertretern der Firma Butting

Gastkommentar

Hintergründe zur Novellierung des Schulgesetzes

von Dieter Gallas

Mit ihrem Gesetz zur »Einführung der Eigenverantwortlichen Schule« wollten die Landesregierung und die sie tragenden Landtagsfraktionen den Weg »von einer überregulierten Schule zur Eigenverantwortlichen Schule« beschreiten. So konnte man es zumindest in der Begründung des Gesetzentwurfs lesen. Es ist eine »Eigenverantwortlichkeit« nach Gutsherrenart geworden. Schulen dürfen ab dem Schuljahr 2007/08 die vom Kultusministerium »eingeräumten Entscheidungsspielräume« in Anspruch nehmen (§ 38 a Abs. 3 Nr. 1).

Damit bleibt das am 11.7.2006 mit Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossene Gesetz weit hinter dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur »Stärkung der Selbstständigkeit der Schulen« zurück, mit dem den Schulen weite Gestaltungsfreiräume eröffnet werden sollten. Unter bestimmten Voraussetzungen sollten sie im pädagogischen Bereich von bestehenden Erlassen zum Wohle der Schülerinnen und Schüler abweichen und eigene Entscheidungen treffen dürfen – in eigener Zuständigkeit und nicht nur dort, wo es der Kultusminister erlaubt. Kehrseite dieser Gestaltungsfreiheit sollte die Verpflichtung der Schulen sein, sich in regelmäßigen Abständen des Erfolgs ihrer Arbeit selbst zu vergewissern und sich darüber hinaus auch von der »Schulinspktion« in die Karten schauen zu lassen.

Der mutlose Entwurf der Landesregierung ist auch während der Ausschussberatungen von den Regierungsfraktionen nicht im Sinne der Gesetzesüberschrift (»Einführung der Eigenverantwortlichen Schule«) so verbessert worden, dass die SPD-Fraktion ihm zustimmen konnte. Die den Schulen verweigerte Gestaltungsfreiheit ist aber nicht der einzige Ablehnungsgrund gewesen. Die SPD-Fraktion hatte auch andere Vorstellungen über die Schulverfassung, also darüber, welche »Organe« der Schule mit welchen Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden. Keine Einwände gab es gegen die Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter in administrativer Hinsicht. Dass die Schulleitungen die personal- und dienstrechtlichen Befugnisse wahrnehmen können, soweit sie der Schule übertragen werden, lässt sich im Gesetzentwurf der SPD nachlesen. Ihnen aber auch Entscheidungsbefugnisse in pädagogischen Angelegenheiten zu übertragen, wird von der SPD entschieden abgelehnt. Weder das Kultusministerium noch die Abgeordneten der Regierungsfraktionen im Kultusausschuss konnten im Übrigen begründen, weshalb

beispielsweise Fragen der Unterrichtsdifferenzierung, der Fördermaßnahmen, der Freiarbeit und Wochenplanarbeit, der Schulfahrten und der Lehrerfortbildung von der Schulleiterin oder dem Schulleiter entschieden werden sollen und nicht von den bisher zuständigen Konferenzen.

Dass die am 11.7.2006 beschlossene Schulgesetznovelle nicht nur ein »Gesetz zur Stärkung der Schulleitungen« ist, sondern auch ein »Gesetz zum Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Eltern und Schülern«, daran hat die SPD einen nicht unbedeutenden Anteil. Die »Schulkonferenz« – jetzt »Schulvorstand« – war bereits im SPD-Gesetzentwurf zur Stärkung der Selbstständigkeit der Schulen enthalten und konnte im Grundsatz von den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern und Schüler in der Gesamtkonferenz durchgesetzt werden. Die Verankerung eines »Schulvorstandes« im Schulgesetz kann auch deshalb mitgetragen werden, weil dieses neue Gremium mit angemessenen Beschlusskompetenzen ausgestattet ist.

Das gilt nun aber ganz und gar nicht für die Gesamtkonferenz, die formal erhalten bleibt. Von ihr hat aber die Abrissbirne der Regierungsfraktionen nur noch eine Ruine übrig gelassen. Gerade mal in drei Angelegenheiten behält die Gesamtkonferenz Beschlusskompetenzen, in zwei weiteren Punkten darf sie noch über »Grundsätze« entscheiden. Hier liegt ein weiterer Grund für die Ablehnung der Schulgesetznovelle. Das Zerrbild, dass unwillige Gesamtkonferenzen zu Reformen nicht bereit und außerdem zu groß für sachliche Beratungen sind, hat nie gestimmt. Die Mehrzahl der Gesamtkonferenzen der Schulen im Flächenland Niedersachsen sind überschaubare Entscheidungsgremien, in den Eltern und Schülerinnen und Schüler keineswegs in einer aussichtlosen Minderheit sind. Gesamtkonferenzen haben erfolgreiche Arbeit geleistet und ihre Degradierung zu Rest-

Organen ist nicht hinnehmbar. Der SPD-Antrag, im Dualismus der beiden Kollegialorgane die Gesamtkonferenz zur zentralen Stätte für die pädagogischen Angelegenheiten der Schule zu machen, hat im Ausschuss keine Mehrheit gefunden. Die Regierungsfraktionen haben sich mit dem Schmusesatz, dass in der Gesamtkonferenz alle Beteiligten in pädagogischen Angelegenheiten »zusammenwirken«, zufrieden gegeben, ohne sie aber mit Beschlusskompetenzen im pädagogischen Bereich auszustatten.

Konsequent wäre es gewesen, wenn die Landtagsmehrheit die schulgesetzliche Vorschrift aufgehoben hätte, dass Gesamtkonferenzen mindestens viermal im Jahr stattfinden sollen. Wozu sollen sie zusammentreten, wenn das Schulprogramm und die Schulordnung verabschiedet und die Geschäfts- und Wahlordnungen beschlossen sind? Nicht einmal mehr die bisherige Zuständigkeit für »Grundsätze« der Unterrichtsverteilung und Stundenpläne, der Regelung der Vertretungsstunden und der Verteilung der Anrechnungsstunden ist erhalten worden.

Die Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten konnten mitgetragen werden und die Verpflichtung zur Teilnahme an Schuleingangsuntersuchungen geht auf eine Initiative der SPD zurück. Das gilt auch für die gesetzliche Verankerung der »Schulinspktion«, wobei aber die Vorstellungen der SPD zur Neuordnung der Schulbehörden – gleichsam das Gegenstück zur eigenverantwortlichen Schule – von den Regierungsfraktionen nicht ernsthaft diskutiert worden sind. Scharf abgelehnt haben die der SPD-Fraktionen angehörenden Abgeordneten die rückwirkende Heilung der rechtswidrigen Praxis des Kultusministers, Ganztagschulen zu genehmigen, die nur an drei Tagen ein ganztägiges Unterrichts-, Förder- und Freizeitangebot vorhalten. Diese Ganztagschulen »light« haben nun – auch mit Hilfe der Grünen – gleichsam den parlamentarischen Segen erhalten.